

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 5000 M., wochentlich 1300, durch Boten bezogen 5200, bei Postbezug 4500 M. (ohne Postgebühr). Erscheint wochentlich nachmittags. Einzelnummer 250 M., Sonnabends 300 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kötterstraße 4. Für unrichtige Sendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bath)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 132.

Freitag, den 8. Juni 1923

163. Jahrgang.

Das deutsche Memorandum.

Umfassende Garantien.

Berlin, 7. Juni. Den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio und der Reparationskommission ist heute zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai nachfolgendes Memorandum überreicht worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwerekeiten des Augenblicks vordringend zu erweichen, mehr versprochen hätte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu leisten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwierig ist, zu einer größeren Erhöhung zu gelangen und aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten

die Entsendung einer unparteiischen internationalen Kommission über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine unvoreingenommene Beurteilung der Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern völligen Einblick in die deutsche Finanzangelegenheit gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hätte die Ausgabegrenzen in Aussicht genommen, um die reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge auszuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß anstelle der Kapitalsummen ein

Schemen von Jahresleistungen

tritt.

3. Da die interalliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende

Garantien

für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor: a) Die Reichsfinanzen mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem höchsten Wertvermögen (Gold) und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einkünften und Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist, und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsfinanzen sind als Gesamtheit in Höhe von 2½ Milliarden Goldmark aus dem Sondervermögen abgetrennt und als das Sondervermögen eingetragen werden und am 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen,

wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft in einer Garantie heranziehen, die als erstes wichtiges Element in Höhe von zehn Millionen Goldmark auf den gemeinsamen, von allen Mächten und dem Land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erhaltenden Steuer, oder unmittelbar von den betroffenen Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verschätzt. Der Wert dieser Zölle und Verbrauchssteuern, der sich im Durchschnitt der letzten Vorjahresjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Wertverlustes an Land und Holz und infolge des vermindernden Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen, mit der Beibehaltung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung Folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündliche Gedanken- und Verhandlungsergebnisse erzielt werden. Deutschlands Zahlungsbilanz hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsbilanz kann nur in unmittelbarer Verbindung mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Feststellung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Kooperation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Erdröhen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Amlich wird zu dem Memorandum bemerkt: Wie bekannt, sind der deutschen Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortschemen zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedanken- und Verhandlungsergebnisses hätte, hat die deutsche Regierung sich in ihrer Mitteilung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

Die neue deutsche Note und die Fortsetzung des passiven Widerstands.

Das deutsche Ergänzungsmemorandum vom 7. Juni hat mit keinem Wort die französische Forderung auf die Einstellung des passiven Widerstands in dem von Frankreich überredet bezeugten Ruhrgebiet erwähnt. Aus Parlamentskreisen hören wir hierzu, daß diese Stellungnahme für die Reichsregierung eine Selbstverständlichkeit war, da ja der passive Widerstand im Ruhrgebiet von der Reichsregierung nicht angeordnet wurde, sondern spontan aus dem Willen der empörten Bevölkerung des verengelteten Gebiets hervorgegangen ist. Der passive Widerstand auf der Ruhr wird nach Ansicht parlamentarischer Kreise von der Ruhrbevölkerung nicht eher aufgegeben werden, bis die Franzosen das Gebiet verlassen haben.

Die erste Kommentierung.

Die Note in Paris.

Paris, 7. Juni. Die deutsche Note wurde gestern 6 Uhr nachmittags im französischen Ministerium des auswärtigen Reichs kurz vor dem Eintreffen des französischen Pressedirektors am Canal d'Orly empfangen, denen der Inhalt in folgender Form mitgeteilt wurde: Die Note enthält keine Fiktion von Reparationen. Sie verlangt ein vierjähriges Moratorium und bietet für diese Zeit keinerlei Leistungen an, also auch nicht die Naturalleistungen in der Höhe von 2½ Milliarden Goldmark, von denen die Rede war. Nach diesem Moratorium bietet Deutschland Jahreszahlungen von einer Milliarde an und es schlägt als Garantien u. a. die Eisenbahnen vor, die jedoch einen Defizit aufweisen. Fernerhin lasse die Note alles in Bezug auf den passiven Widerstand im Ruhrgebiet vermissen. Man sei am Canal d'Orly der Ansicht, daß die deutsche Note in London keine Basis zur Aufnahme von Verhandlungen bieten werde.

Poincaré, der kurze Zeit darauf mehrere Pressedirektoren empfing, sagte: In der Note ist nichts von einer Einstellung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet erwähnt. Das ist jedoch der Punkt, über den wir

Ankunft haben wollen. Wenn wir Deutschland antworten, so werden wir mit der Frage antworten: Wollt ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht? In ersterem Falle können wir zu Verhandlungen kommen; im zweiten könnte eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden. Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem geistreichen Brüsseler Kommuniké bereits im Voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

Die Pariser „Daily Mail“, die bekanntlich als eine vorwiegend französisch gefärbte Zeitung anzusehen ist, schreibt: Aus der deutschen Note geht klar hervor, daß ihr der Gedanke zugrunde liegt, mehr als Propaganda damit zu erzielen, als die die deutsche Einstellung verhandelt zu werden. Die Note sei ein neuer Schritt in dem Bestreben, Frankreich von England zu trennen. Die Vorkriegsausführung für ein befriedigendes Uebereinkommen mit Deutschland sei die, daß Deutschland dem Vorbilde Englands folgend eine Steuer von 10 Pfund pro Kopf erhebe und es im Verfaller Vertrag verlange sei. Eine solche Steuer sei ein Zeichen des guten Willens, das bei den Verbündeten Eindruck machen dürfte.

Anzeigenpreis Der halbpaltene Millimeter Zeitraum 130 M. und der halbpaltene Millimeter Restraum 600 M. Die laufende Monatsanmeldung wird vom Hebeher auf kleine Anzeigen bei deren Ausgabe mit 300 M. in Zahlung genommen. Abrechnung 400 M. Porto besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenkatalog vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondertarif. Fernsprecher Nr. 100.

Die Herausforderung der Marxisten gegen die deutsche Landwirtschaft.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Pönitz.

Die Landwirtschaft (freilich nicht sie allein! D. Red.) ist in der Nachkriegszeit derart mit Gelingen „beglückt“ worden, daß es endlich einmal an der Zeit wäre, die Wegweisungsmaßnahme ein wenig zum Stillstand kommen zu lassen. Bereits durch die bisherige Gesetzgebung — so notwendig sie war — ist in die Landwirtschaft, vor allem in die größeren Betriebe, eine gewisse Unruhe hineingetragen worden. Jede Maßnahme, die in die Vermögensstruktur der Landwirtschaft eingreift, muß in diesem Augenblick als doppelt bedenklich erscheinen, da zweifelslos die landwirtschaftliche Produktion darunter leidet, und eine weitere Erörterung des Eigentumsbegriffs ist das letzte, was die bodenständig-landwirtschaftlich ganz gleich, welcher Besitzgröße — heute noch verträglich.

Im einzelnen sei zu dem sozialistischen Antrage folgendes bemerkt: Zu I. Nach dem Antrage Müller sollen Privateigentümer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlichen oder 100 Hektar forstwirtschaftlichen Bodens verpflichtet sein, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten.

Die erste Bestimmung, daß jede landwirtschaftlich genutzte Fläche über 750 Hektar an das Reich abgetreten werden soll, ist vollkommen überflüssig und nur geeigneter, neue Unruhe in die Landwirtschaft hineinzutragen. Das Reichsbesiedlungsgezet bietet ja bereits die Handhabe, in erster Linie Güter von ungewöhnlich großem Umfange zu enteignen. Die gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen sind also in der Lage, bei Verstoß auf solche Güter zurückzugreifen. Eine Sonderregel über den Bedarf der Siedlungsvereinigungen hinaus muß abgelehnt werden, da nicht die geringste Gewähr vorhanden ist, daß der Boden sogenannt wirtschaftlich wird. Wer soll die Wirtschaftlichkeit der abgetretenen Fläche übernehmen? Der Staat selbst oder die Gemeinden? Wie Gemeindegüter wirtschaftlich zu werden pflegen, zeigen die Muttergüter Berlins. Soll aber das Land nicht eher abgetreten werden, bis es beschickt ist, dann genügt das bisherige Reichsbesiedlungsgezet.

Zehn starke Bedenken bestehen gegen die Bestimmung, daß ein enteignetes Gutbenutzer in Eigentum des Reiches bleiben und nur zur Nutzung in Pacht, Erbpacht oder nach Gemeinschaftsrecht vergeben werden soll. Das ist eine untragliche Abschwächung des Eigentumsbegriffs. Wir haben nicht zwei, nein zu wenig Eigentum und Eigentüme! Es steht einwandfrei fest, daß die Eigenwirtschaft als beste Wirtschaftsweise erwiesen hat. Der Eigentumsgehalt, das Eigentum, hat die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu so hoher Blüte und Vollständigkeit gebracht und den Reich und die Arbeitskraft angebahnt. Man sollte es sich also überlegen, ehe man das Reich an eine für unsere Lebensart so wichtige Sache legt!

Eine altbekannte Tatsache ist es, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft dem Kleinbetrieb bedeutend überlegen ist. Es liegt also kein Grund vor, anzunehmen, daß der private Forstbesitz schlechter wirtschaftet als der staatliche. Weshalb will man also den forstwirtschaftlich genutzten Boden für Privatpersonen auf 100 Hektar beschränken? Wirtschaftliche Vorteile sind nicht damit verbunden, aber nur Nachteile, da der Großgrundbesitzer vielfach nicht mehr in der Lage sein wird, für eine sachgemäße Wirtschaftung seiner Forsten durch Privatbesitzer Sorge zu tragen, wenn sein Waldbesitz so stark beschränkt wird. Der Antrage kann demnach nur den politischen Zweck haben, einen Keil in die Landwirtschaft zu treiben, groß und klein gegeneinander zu hegen und schließlich die Landwirtschaft für die Sozialisierung reif zu machen. Dagegen muß sie sich grundsätzlich auf das schärfste wehren.

Zu II. Die Bestimmung, dem Staat oder der Gemeinde das Verkauf- oder Ankaufsrecht zu sichern, steht im Widerspruch zu Paragr. 4 des N. E. G., wonach der gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen das Vorkaufsrecht auf die in ihrem Bezirke gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfang von 15 Hektar auswärts zusteht. Abgegeben hiervon ist das Vorkaufsrecht des Staates oder der Gemeinde abzulehnen, da keine Gewähr für die ordnungsmäßige Wirtschaftung der enteigneten Güter geleistet ist, die Bestimmung ist also überflüssig und schädlich.

Zu III. Die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenflusses durch öffentliche Mittel ist begrüßenswert; sofern kein Zwang ausgeübt wird.

Zu IV. Die bestehenden Pachtgesetze sind bereits so ausgestaltet, daß die Interessen des Pächters hinreichend geschützt werden. Ein weiterer Ausbau der Pachtgesetz-

Gelesen im Sinne des Ministerlichen Entschlusses würde letzten Endes zur Zwangsweise Einführung der Erbschaft führen, die von der Landwirtschaft abgelehnt wird, auch von den Pächtern, die Grund haben gleichfalls die staatliche Zwangserschaffung zu scheuen.

Zu V und VI: Die Vorschläge gehen zu schweren Bedenken aus, die ihnen die bisherige Handhabung der Kleingärten- und Kleingartenbesitzung der berechtigten Interessen der Landwirtschaft in der Regel viel zu wenig Rechnung trägt.

Zu VII: Neben dem Handlungsvorstand auch den Gemeinden und den Gemeindeverbänden ein Entschlagsrecht für Zielvorgabe zu geben, ist überaus bedenklich. Besteht doch die Gefahr, daß die Gemeinden sich bei der Entgegung lediglich von politischen u. anderen persönlichen Gesichtspunkten leiten lassen werden. Die Landwirtschaft würde damit jenseits dem Wohl- oder Uebelwollen der politischen Machthaber ausgeliefert, ein Zustand, der für die Landwirtschaft untraglich ist und ihre schärfste Opposition herausfordern muß.

Zu VIII und IX: Es ist nicht möglich, einheitliche Normen für die Bewertung und Verwertbarkeit des Bodens scharf zu festzulegen. Die Landwirtschaft will individuell behandelt sein. In dem aufzustellenden Reichsbodenverwertungs- und Verwertungsregeln für die Verwertbarkeit als Mittel der Reichslandwirtschaft, in dem Produktionsprogramm, Schlüssel der Deutschen Landwirtschaft als Mittel bezeichnet hat, um den höchstmöglichen Ertrag herauszuholen. Als allgemeine Richtlinien, ohne gesetzlichen Zwang der Anwendung, können sie sehr gelegentlich für die landwirtschaftliche Produktion sein, wenn die Landwirtschaft selbst auf ihre Mitglieder entsprechend wirkt. Als gesetzlicher Zwang des Staates gegen seine Erzeugnisse, die Landwirtschaft, werden sie denmütigen und hemmend, vor allem die dem freien Landwirt verbotene Form des staatlichen Zwanges.

Durch diesen Antrag Müller soll der wichtigste Berufsstand unter einer wirtschaftlichen Bevormundung gestellt werden, wie sie bisher kein Berufsstand kennt. Die nachteiligen Einwirkungen auf die Produktion können und werden nicht ausbleiben. Nicht Produktionssteigerung, sondern ein erheblicher Produktionsrückgang wird eintreten. Auch für die fadensäge Durchführung der Zielvorgabe ist eine große Gefahr, wenn die Gemeinden mit dem Vorkaufsrecht und Entschlagsrecht ausgestattet werden.

Der Antrag Müller muß deswegen von der Landwirtschaft abgelehnt werden.

Es geht nicht um seine Notwendigkeit nicht verfechten; besonders jetzt, nach Annahme des Reichslandwirtschaftsgesetzes das das R. E. G. schon sehr einseitig ergänzt; der Antrag ist rein politischer Natur und ist letzten Endes als ein weiterer Vorstoß des artfremden Sozialismus gegen den Empfänger deutscher Bodenständigkeit, die Landwirtschaft, zu bewerten.

Der erste Eindruck in London.

London, 7. Juni. Nach dem in politischen und finanziellen Kreisen auf Grund des von der „Morning Post“ veröffentlichten, aber völlig falschen Auszugs der neuen deutschen Reparationsnote entstandenen Missverständnis wird der heute abend bekanntgewordene Text der deutschen Note als ein neuer Akt als ein sehr wichtiges Ereignis in der Weltgeschichte empfunden. Vorkämpfer Dr. Schmitt überreichte die Note heute Nachmittag Lord Curzon im Foreign Office und wiederholte dabei mündlich die der Note in Berlin beigegebenen Einleitung, nach der die deutsche Regierung, um Gegenstände zu liefern, die in der Note nicht aufgeführt sind, lediglich auf solche Punkte beschränkt wurde, die den ältesten Antworten auf das letzte deutsche Angebot gemeinsam seien.

Wie Meuter meldet, hält man sich in amtlichen Kreisen davon zurück, Erklärungen zum deutschen Memorandum abzugeben. Die Lage wird als zu heikel angesehen, um zu getauften, Eile zu zeigen oder sichtlich überlegte Erklärungen abzugeben, bevor die Vorläufer bei den Alliierten bekannt sind. Das Kabinett wird das Memorandum in einer auf einen möglichst nahen Zeitpunkt anzugewandten Sitzung besprechen. Wie man erwartet, wird alsdann zwischen London, Brüssel, Paris und Rom ein Absandanstausch stattfinden, um über die von den Verbündeten zu unternehmenden Schritte schlüssig zu werden.

Auf eine Anfrage Kennworthy's im Unterhaus noch vor der Veröffentlichung der Note gab Ministerpräsident Baldwin die folgende Antwort: „Ich habe die Note abgelesen und bin sehr zufrieden, daß die englische Regierung die Reparationsfrage zu tun gedachte. Baldwin erwiderte schlagfertig, obwohl er von seiner Seite kein Wissen möge, was Kennworthy in dieser Frage zu tun gedachte, so könne er den sehr ehrenwerten Mitgliedern gegenüber versichern, daß er das bald sehen werde. Baldwin ließ fort sein Einverständnis: „Nach dem Empfang der deutschen Note wird die englische Regierung sofort in Tätigkeit treten, und werden, eine Diskussion der Verbündeten mit dem Ziele herbeizuführen, eine Einigung zu zustandebringen. Wenn die deutsche Note eine geeignete Grundlage darstellt, so werde ich heute Abend noch von den verschiedenen Stellen zu erfahren versuchen, was sie herbeizubietet und was sie verlangt hat. Deutschland ist gut über die englischen Auslassungen informiert, als daß es irgendwelche Forderungen vernachlässigen könnte.“

Mussolini erhofft herrliche Verständigung.

Rom, 8. Juni. Zwecks Übergabe der deutschen Note begab sich der deutsche Botschafter Freiherr von Neurath gestern nachmittag ins Palazzo Chigi und wurde zunächst vom Generalsekretär Cantarini, alsdann vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen und überließ ihm die Note mit der inoffiziellen Erklärung, dass Mussolini für eine kurze Unterhaltung, über deren Inhalt verläutet, daß Mussolini die Hoffnung ausdrückte, die Note werde den Grund zu einer herrlichen Verständigung legen.

Das Ergebnis von Brüssel.

Das Bestreben der französischen Politik ist bisher darauf gegangen, in jeder Hinsicht eine internationalisierte Entscheidung vollendet zu schaffen. Damit sollte erreicht werden, irgendwelche gegen die französische Auffassung sprechende Beweise als einen unzulässigen Akt gegen Frankreich hinzustellen. Das gleiche Spiel wiederholt sich heute. Die deutsche Note war noch nicht abgelesen. Die Alliierten hatten sich noch nicht über die deutsche Note äußern können, aber Frankreich hat schon mit Belgien verhandelt und nach einer Meldung des „Temps“ 7 Forderungen aufgestellt, die wir gestern insoweit veröffentlicht haben.

Der entscheidende Punkt liegt in der Aufgabe des passiven Widerstandes. Frankreich weiß ganz genau, daß eine Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutschland dieses vollständig freisetzen würde. Die Aufgabe des passiven Widerstandes ist gleichbedeutend mit der Lebungslosen Kapitulation, die von vornherein als Voraussetzung von Verhandlungen französischerseits bezeichnet worden ist. Eine Aufgabe des Widerstandes kommt für uns nicht in Frage. So die deutsche Regierung. Die von passiven Widerstand aufgeht, kapituliert, ist zerrüttet, ja die Hoffnung auf Besserung der europäischen Lage. Aber es ist zuzeit nicht an uns, uns zu diesen französischen Forderungen zu äußern. Zunächst muß die Entente Stellung zu den deutschen Forderungen nehmen. Die Entente muß ruft in London und nicht bei uns. Erst wenn London gebräut hat, werden wir uns wieder zu äußern haben. Wird aber auch von dort die Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert, dann haben wir dennoch die Pflicht, ihn fortzusetzen, weil die freiwillige Kapitulation unter allen Umständen den deutschen Vordringen bringen würde.

Zusammenstoß zwischen Belgiern und deutschen Arbeitern.

Gesentrichen, 8. Juni. Auf der von den Belgiern besetzten „Wilhelmine Victoria“ kam es zu einem Zusammenstoß zwischen belgischen Soldaten und deutschen Arbeitern. Bereits vorgestern Abend waren die belgischen Soldaten in das Lager einmarchiert und hatten dort in erheblichem Umfang Material aller Art weggenommen. Ferner hatten sie eine Kolonne weggeführt. Als gestern wieder eine Abteilung Belgier in die Schanzanlage einrückte und aus dem Lager in wieder Material herausholten, wurde ein deutsches Arbeiterpaar durch den belgischen Soldaten einen Schlag mit der Pistole ins Gesicht. Außerdem schoß ein Belgier auf einen deutschen Arbeiter. Die Verletzten treffen. Die Belgier sind über die Vorgänge sehr erregt.

Zuernde Besetzung des Bahnhofs Wannau.

Dortmund, 8. Juni. Die Besetzung des Bahnhofs Wannau soll, wie das Besetzungskommando äußerte, baldend sein. Der Bahnhof wird bis zum 1. Juli als ein provisorischer Eisenbahnstation ausgeführt, die bei den Bahnen einquartiert sind. Wegen Zuführungen der Lebensmittel: Schweine, Geflügel, etc. in Westfalen sind in die Hände der Besetzungskommando 15 Lokomotiven in die Hände der Besetzungskommando kommen noch rechtzeitig gebracht werden.

Ruhe in Belgien.

Die Opfer der getriggen Zusammenstöße.

Brüssel, 7. Juni. Der heutige Donnerstag ist bis zur heutigen Abendstunden in Belgien ruhig verlaufen. Die Nacht zeigte das gewohnte Alltagsbild, die Geschäfte hatten wieder geöffnet. Zwar war die Polizei noch in Alarmbereitschaft und die Straßentransporteinrichtungen, doch hatte die Polizei keinen Anlaß zum Eingreifen. Am frühen Nachmittag kam es zu einem Aufruhr, wobei wieder ein großer Ansturm von Neugierigen, um den Töter der getriggen blutigen Vorgänge zu sehen, das Verbot nicht beachtet und die Ordnung nicht gewahrt wurde. Auch an der Universität in Brüssel, die die Besetzungskommando und Demonstrationen der Polizeipräsidenten lenken und über die getriggen Vorgänge diskutieren. Man regnet damit, daß die Ruhe doch noch nicht eine endgültige ist, zumal die Kommunisten in Belgien die Verhältnisse nicht als befriedigend anerkennen. Sie fordern eine internationale Konferenz, in der die Durchführung folgender Punkte erzwungen werden soll: Sofortige Absetzung des belgischen Vorkämpfers, die Freisetzung der Polizei und Übertragung des Schusses der Stadt an den belgischen Staat, die Freisetzung der belgischen Besatzungsmannschaften, sofortige Erhebung einer Zwangsumlage bei Handel, Banken und Industrie, sowie Verhaftung des belgischen Vorkämpfers und Verhaftung aller belgischen Beamten. (Da mußte man die Kommunisten zuerst belächeln.) Die Zahl der Opfer der blutigen Vorfälle am Mittwoch wird nach amtlicher Ermittlung angegeben mit 4 Tötungen, darunter 1 Belgier, 51 Verwundete, von denen 20 nach Anlegung eines Wundverbandes noch wieder entlassen wurden. 7 Verletzte sind schwer, 24 leichter verletzt worden. Verwundete wurden 9 Personen im Alter von 16½ bis 77 Jahren, darunter der Mann, der den verstorbenen Vorkämpfer tödlich verwundete. Unter den Verletzten befindet sich kein politischer Organisator, Arbeiter und nur einige Gewerbetreibende. Weitere 15 Verletzte sind schwer, 24 leicht verletzt worden. Die Zahl der Opfer der blutigen Vorfälle am Mittwoch wird nach amtlicher Ermittlung angegeben mit 4 Tötungen, darunter 1 Belgier, 51 Verwundete, von denen 20 nach Anlegung eines Wundverbandes noch wieder entlassen wurden. 7 Verletzte sind schwer, 24 leichter verletzt worden. Verwundete wurden 9 Personen im Alter von 16½ bis 77 Jahren, darunter der Mann, der den verstorbenen Vorkämpfer tödlich verwundete. Unter den Verletzten befindet sich kein politischer Organisator, Arbeiter und nur einige Gewerbetreibende. Weitere 15 Verletzte sind schwer, 24 leicht verletzt worden.

weullcher Reichstag.

Die sozialdemokratische Zentralsinterpellation.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation, die Zentralsinterpellation infolge der gewählten Wortwahl.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die Interpellation und wehrt sich zunächst gegen die „Ziel“, die wegen dieser Interpellation von einem Straußentwurf der Sozialdemokratie gesprochen habe. Geht, die Franzosen tragen schwere Schuld an der wirtschaftlichen Notlage, aber es muß endlich gegen die belgischen Forderungen, die in der Welt eine einseitige Interzesse haben und die deutsche Wirtschaft zum Tummelplatz ihrer unbedingten Profitlust machen. Das sind nicht einzelne Personen, das sind bestimmte Teile des deutschen Volkes, die die ungenügenden Notlage sind. Die belgischen Forderungen sind nicht nur einseitig, sondern sie sind auch unzulässig. Die belgischen Forderungen sind nicht nur einseitig, sondern sie sind auch unzulässig. Die belgischen Forderungen sind nicht nur einseitig, sondern sie sind auch unzulässig.

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt als erster Regierungsvorsteher Reichsminister Dr. Brauns das Wort. Er gibt eine Überleit auf das, was die Regierung zur Anpassung der Renten, Löhne und Gehälter bereits getan hat. Der Minister stellt eine allgemeine Entschädigung für die Bezugsberechtigten auf, die ein neues Rentenversicherungsgesetz werden. Der Minister schließt mit einem Appell an die Welt, es möge bei allen Völkern der Wille zur gegenseitigen Duldung und Anerkennung ihrer Freiheit und ihres Rechts auf Leben zur Durchbruch kommen.

Reichsfinanzminister Dr. Gumbel erklärt, daß das Gesetz zur Anpassung der Steuererträge an den Lebensstandard nicht nur den belgischen Verhältnissen entspricht. Ein Ausgleich ist möglich durch das neue vorerlegte Gesetz zur Bewilligung des Botes. Einer durchgreifenden Umgestaltung bedarf die Vermögenssteuer. Es wird die Möglichkeit geschaffen, die belgischen Wertverhältnisse zu tragen. Ich muß mit aller Offenheit erklären, daß es eine gefährliche Illusion wäre zu glauben, daß die uns jetzt und in Zukunft obliegenden gewaltigen inneren und vor allem äußeren Lasten einseitig durch Beschäftigung getragen werden können. Eine große Mehrbelastung gelöst machen müssen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning: Die Deviseninterpellation wird gemäß jeder Beurteilung. Aber die Hauptursachen sind diejenigen, die sich aus den belgischen Forderungen ableiten. Der Vorwurf des Abgeordneten Aufhäuser, daß seit Ende des Krieges die Industrie nicht die Produktion gefördert, sondern die Entwertung der Mark für sich ausgenutzt und die Erleichterung der Ausgabe durch den Staat benutzt, um das Geld ins Ausland zu verschleppen, ist durchaus unbedeutend. Einen Mann wie Dr. Aufhäuser sollte Herr Aufhäuser nicht persönlich angreifen. Die deutsche Wirtschaft hat zur Zeit einen Einwärtsdruck von rund 2 Milliarden Goldmark. Die Zahl ist ansehend, aber keinesfalls ausreißend. Wir müssen nur sie auf den Markt werfen, sinkt ihr Wert. Wir müssen uns also damit abfinden, daß wir auch einigen besonderen Maßnahmen nichts gegen die Markwertminderung tun können, solange nicht der Lebensstandard durch stärkere Produktion. Sie (nach links) warten darauf, daß ich jetzt die Abschaffung des Abstandsvertrages verlange. Ach nein! Wie das zu machen ist, darüber werden wir uns auch einmal unterhalten, und ich hoffe, daß wir uns darüber einigen werden. Und wenn wir uns nicht einigen können, dann werden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten uns dazu zwingen. Mit der Einführung des Einheitsfußes würde eine große Schwächung des Handels erreicht werden. Der Vorschlag einer vollständigen Abschaffung des Einheitsfußes ist nicht durchführbar. Die neue Deviseninterpellation soll nicht durchgeführt werden. So lange die Reparationslast auf uns drückt, kommen wir aber nicht zu einer Stabilisierung unserer Währung. Erst, wenn wir die Reparationslast ablegen können, ist eine Gesundung unserer Währung möglich.

Zurück wird die Weiterberatung der Interpellation auf Freitag, nachmittags 2 Uhr, vertagt. — Schluß 5 Uhr 15 Minuten.

Die bürgerlichen Parteien gegen die Einführung der Zwangserschaffung.

Berlin, 7. Juni. Die vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag vorgelegten sieben neuen Entwürfe, die zur Wiederherstellung der Wiedereinführung der Zwangserschaffung vorbereiten, haben nach ihrem Inhalt die bürgerlichen Parteien in der Reichstag sehr ungenügend begrüßt. Die bürgerliche Reichstagsopposition wird wegen der vorliegenden Stellung nehmen und in eine eventuelle Erörterung mit der Reichsregierung eintreten, so daß es nicht zu erwarten ist, daß die Vorlage bereits am Sonnabend vom Reichstag verabschiedet wird.

Meine Vorkämpferungen an die Beamten und Staatsarbeiter.

Berlin, 7. Juni. Die Meldung, wonach durch Rundtelegramm des Reichsfinanzministers Vorauszahlungen der Beamten und Staatsarbeiter in Höhe von 400 000 Mark getriggen werden sollten, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist aber Vorzüge getroffen, daß die Auszahlung der auf Grund der neuesten Regelung zuzubehaltenden Beträge in kürzester Frist erfolgt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 7. Juni. Präsident Reinerz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Die kommunikativen Angelegenheiten sind wieder am Ende. Der Eintritt in die Tagesordnung erhebt Dr. Meier-Drehtropen (Soz.) Protest dagegen, daß man den Kommunisten das Recht nehmen wolle, vor der Sitzung eine Erklärung abzugeben. Er erhebt auch Protest gegen die Kommunisten, die die Anträge im Budgetgebiet auf die Tagesordnung gesetzt wird. Der Antrag der Kommunisten löst auf Widerspruch und kann daher heute nicht verhandelt werden. Dasselbe Schicksal haben noch mehrere Anträge der Kommunisten auf die Tagesordnung. Die Anträge sind nicht angenommen und erledigt zunächst die noch ausstehenden Abstimmungen zum Aufstellung, u. a. werden angenommen die Anträge: Die Regelung der wirtschaftlichen Beschäftigung der Privatbesitzenden schon im Haushaltsjahr 1923 auszuführen; die Einkommensteuer auf Erbschaft von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen; die Einkommensteuer auf Erbschaft von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen; die Einkommensteuer auf Erbschaft von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen.

Nus Stadt und Umgebung

Auf 0,7 % Lohnsummensteuer!

In der Stadtverordnetenversammlung wird man auch über einen Beschluß des Magistrats zu beraten haben, den der Gewerbetreibenden, die auf die beschlossenen 1 % Lohnsummensteuer Gehälter und Löhne, und bis zum 15. Juli 0,7 % der im Monat Juni gezahlten Gehälter und Löhne abführen, den fehlenden Betrag, also 0,3 %, zu erlassen. Die Vergütung soll nur dann gewährt werden, wenn beide Zahlungen eingehalten werden. Sie dies nicht der Fall, so wird die Vergütung nicht gewährt. Die Vergütung wird dieser Beschluß folgendermaßen: Die Genehmigung der unterm 30. Januar, 5. Febr. 1923 beschlossenen Gewerbesteuerordnung herabzusetzen, das heißt die erste Zahlung für die Lohnsummensteuer betriebe höher, die ab dem 1. März einhalten, also bis zum 30. Juni 0,7 % der Lohnsumme für April und Mai und bis zum 1. Juli 0,7 % der Lohnsumme für Juni an die Stadtverordneten abzuführen. Da der obige Beschluß erst am 11. Juni gefaßt werden kann, ist der Zahlungstermin im Juni (15.)

noch bis zum 20. 6. 1923 hinauszuschieben. Es wird ge-
sehen, ob die Reparationsfrage sich aufklären lässt. Von dem
Ergebnis der Arbeit hängt es ab, ob die Reparations-
frage aufrecht erhalten bleiben muß, oder ob eine weitere
Wendigung möglich und notwendig ist. Durch den Beschluß
wird den Mitgliedern der Reichsversammlung in der Sitzung
vom 4. Juni den Gedankengang der Arbeit über die Reparations-
frage mitgeteilt, die Rechnung getragen. Die Eingabe
ist befristet.

Wendungen im Steuerwesen.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages hat der Reichs-
finanzminister Dr. Brüning einige Mitteilungen über wic-
tige Veränderungen in der Steuerergänzung gemacht. Hierzu
erfahren wir nach aus dem Reichstagsprotokoll, daß es sich
u. a. darum handelt, die Besteuerung der Einkommen-
steuer zu erhöhen, ferner um die Neuverteilung der Ver-
mögenssteuer, die bekanntlich zunächst von 1923 bis
1925 erfolgt ist. Für das Jahr 1924 soll die Steuer nun
nicht nach dem Ertrage, sondern nach dem gemeinen
Werte erhoben werden. Die dritte wichtige Wendung ist
die des vor wenigen Wochen erst beschlossenen Geldan-
schaffungsgesetzes. Hier sollen die Paragraphen 33 a und
33 b, die die Bewertungsgrundlagen enthalten, abgeändert
werden. Die bisherige Bewertungsmethode für Immobilien,
Maschinen usw. sollte in Zukunft beibehalten. Die Ver-
änderungen sind im Ganzen und Es ist
damit zu rechnen, daß die Einkünfte in nächster Zeit dem
Reichstag zugehen.

Ab 1. Juli dreifache Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat sich dem Entwurf des
Reichspostgesetzes gegen die von ihm geplante Erhöhung
der neuen Tarife nicht verschlossen. Es wird ab vom 1. Juli
ab die dreifache Postgebühr erhoben. Nur die Fern-
gespräche werden im Preis vermindert. (Haupt-
sache war eine Erhöhung der Postgebühren für Briefe,
Briefchen usw. in den nächsten Monaten.) Die Ver-
änderungen sind im Ganzen und Es ist
damit zu rechnen, daß die Einkünfte in nächster Zeit dem
Reichstag zugehen.

Kein Wetter.

Ob es doch noch Sommer wird? Ob es heute wirklich
nicht regnet? Das wäre in der Tat ganz außerordentlich.
Zum schönen Wetter fehlt uns heute nur noch das der
Wind aus einer anderen Himmelsrichtung weht aus Süden
mitteleuropäischer. Dann könnten wir uns endlich bis in die
höchsten Reichtümer in den Park legen und die Nachtigall
hören. Mit Regen ist unter dieser Woche für Monate
hinaus nun reichlich gedeckt. Aber nichts gibt uns die Gewähr
— am allerwenigsten der trügerische blaue Himmel —
daß es heute nicht regnet. Uns bleibt nichts als die ganze
Nachmittag auf eine nimmbar bald beginnende Hitze.

Eingangsmitteilung.

Am 1. Juni wurde im Hause Nr. 5 eine Eingangs-
mitteilung eingereicht. Wie weisen alle Mütter darauf hin,
dieser Eingangsmitteilung zu machen. Die Klage ist jeden
Vormittag geöffnet.

Reizende Kinder.

Zwei kleine Kinder irren während und planlos heute
gegen Mittag auf dem Domplatz umher. Schließlich schlugen
sie ihren Weg nach den Domtürmen zu ein. Hier nach
sich ihrer unsere Schuld an und nach längeren Bemühungen
und Ermittlungen konnten die kleinen Delinquenten wieder ihren
Eltern, auf dem Dommarkt nachgeholt, zugeführt werden.

Wendungen im Stadtbild.

Am Stadtbild werden für spätere Zeit einige Verände-
rungen im Stadtbild geplant. So steht der genehmigte
Fluchtlinienplan für das Gelände Weisenstraße, Gortstraße,
Wagner-, Hirtentstraße, vor dem Strittor und Argentin
weitere Veränderungen vor. Eine Verbindung nach dem
Sand von der Baumstraße aus soll geschaffen werden.
am die Weisenstraße und der Gortstraße zu errichten. Die
Straßenfront der Wagnerstraße soll den Straßenschildern
Anlagen zugeführt werden.

Theater-Bericht.

Als erstes Sommergastspiel der Deutschen Künstler ge-
langt zur Aufführung Lessings' bekanntes Lustspiel *Minna
von Barnhelm* und zwar am 14. und wenn nach dem
Markterfolg nötig, auch am 15. des. Wie im Theatral.
Zugelassen sind nur Mitglieder des Theatervereins mit
ihren Angehörigen. Der Besuch ist jedem Mitglied frei-
gestellt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Veranstaltungen und Veranstaltungen.

Operette: Am 11. Juni findet im Strandbühnen
eine Veranstaltung und anschließendes gemütliches Beisammeln
statt.

Letzte Depeschen

Die Parteien zum Angebot.

Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Wie die
„D. Z.“ auf Grund einer Nachfrage bei den Führern der
Reichstagsparteien feststellen kann, betrachten die Deutsch-
nationalen das Angebot der deutschen Wirtschaft als
sehr bedenklich und für die deutsche Wirtschaft als
schwerwiegend. Bei den Parteien der bürger-
lichen Arbeitsgemeinschaft ist ebenfalls weitgehend
das Angebot abgelehnt. Die Sozialdemokraten sind zu
diesem, vom Reichstag mündlich beschlossenen
Vorschlag, von einem Führer der Sozialdemokraten
wird betont, daß die Verantwortung für die Rate ganz
dem Reichstag überlassen bleiben muß, da bei den
Reichstagsparteien Besatz zugesagt wurden, die von so-
zialdemokratischer Seite als nicht kompetent angesehen
werden müssen.

Um den passiven Widerstand.

Paris, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Die neue deutsche
Note wird in hiesigen politischen Kreisen als wesentliche
Fortschritt auf dem Wege zur Regelung der Reparations-
frage betrachtet. Aller Voraussicht nach wird Polnacek
sich jetzt zunächst bemühen, den Verzicht auf den
passiven Widerstand zu erlangen. Von Belgien
wird er hierin unterstützt. Man wird auch ver-
suchen, England und Italien zur Teilnahme an einem
solchen Schritt zu bewegen.

Künftige Aufnahme in England.

London, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Fast alle Blätter,
mit Ausnahme der „Daily Mail“, betonen, daß ein chri-
stliches und annehmbares deutsches Angebot vorliegt, das
sowohl England in Frage kommt, sehr wohl zur Grund-
lage einer fruchtbringenden Diskussion benutzt werden
könne. Es herrscht gleichzeitig Übereinstimmung darüber,
daß das neue deutsche Angebot mit seinem Vorschlag, die
Reparationsfrage auf dem Wege mündlicher Verhandlungen
zu erörtern, im vollen Umfange Annahme verdiene.

Die Holzlieferungen an Italien beendet.

Berlin, 8. Juni. Bis zu dem im Dezember vorigen
Jahres mit der Reparationskommission vereinbarten nach-
schriftlichen Termin ist die gesamte noch zu liefernde Men-
ge an Holz vollständig abgenommen. Die Reparations-
leistungen zur Verfügung gestellt worden. Wenn auch die
Lieferungen und der Abtransport der Holzstücke über
die badischen Reichsbahnen beschleunigt werden, nach
Italien noch nicht vollkommen beendet ist, so hat doch die
deutsche Regierung ihre Lieferungsverpflichtungen im vollen
Umfange erfüllt und den vollständigen, nachdem eine
Nachricht zugekommen worden war, pünktlich eingehalten.

Der heutige Dollarkurs: 70,500.

Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Dollar
notierte heute vorbörslich 74,000—75,000, mittags um 1
1/2 78,000—78,500.

mehr und mehr der Gedanke des „Stahlhelm“, überhand
nach der aller deutschen Männer, daß Treue nicht zeigt er dies
an einem Erlebnis. Auf einer Wollstation in der Nähe
von Halle treffen „Stahlhelm“ und die allen anständigen
Menschen auf die Kerzen fallen. So weiter mit langen
Brettern, die auf dem Weg zum Bergwerk hin
und her. Jede Karte rühmt die Vorfälle; man unterwirft
sich ganz fasslich. Da zum Schluß treten die Vetteren
her, zeigen ihren Soldaten ab und zerrissen ihn.
Vorwiegend folgen noch mehr. Mit gebobener und von Vater-
landsliebe durchdrungenen Stimme rief Kamerad v. Oberlein
in die Versammlung hinein:
Heilige Flamme des Hades gegen unsere Feinde
Heilige Flamme der Liebe gegen unser Vaterland
Gibte, gibte und erlöste sie
und schob damit seinen mit großer Aufbruch angenommenen
Vertrag. Mit großer Freude und lebhaften Zurufen wurde
die Gründung des „Reichswehr“ Ortsgruppe Lauchstädt an-
genommen. Kamerad Gorgas hielt eine kurze feierliche An-
sprache an die jungen und alten „Reichswehr“. Umrahmt wurden
die Ansprachen und der Vortrag von allen schwebenden
Militärparaden, die uns die Bergkapelle vorstellte. Fräulein
Frieder, Lauchstädt und Kamerad Raab und Gorgas trugen
einige vaterländische Gedichte mit großem Eifer und bestem
Ausdruck vor. Alle Teilnehmer gingen mit dem Bewußtsein
nach Hause, wieder einen edlen deutschen Abend verleben
zu haben.

Ein König Lear-Vandale.

Croppendieft, 6. Juni. In einem Gasthof in Croppendieft
hat sich ein alter Mann mit Arsenik vergiftet. In einem
hinterlassenen Briefe gibt er an, er sei 78 Jahre alt, komme
nach Halle. Er habe seinen Grundbesitz vor dem Kriege ver-
kauft, könne jetzt nicht mehr arbeiten und sei deshalb von
seinen verheirateten Kindern verlassen worden.

Die „einige“ Ruhe.

Wesig, 6. Juni. Die Wenterin Anna Naumann be-
gann mit dem Verkauf der Hühner ihrer Familienangehörigen,
nachdem sie die Gebirge darunter die ihres eigenen Töchter-
töchterens mit Unterstützung einer Vetterin in einen Holz-
fag umwandelte und die Hühner auswuid.

Handel und Verkehr.

Devisen weiter steigend.

Berlin, 7. Juni. Die Hoffnungen auf günstige Wir-
kungen der neuen deutschen Note zerflattern allmählich.
Die Devisenrate steigen infolgedessen von neuem. Dollarkurs
verkehrt mit 76,000 bis 79,250, zu welchem Kurs sie
auch nachmittags gehandelt wurden. Polennoten 124, Osterr.
reicher 111, Ungarn 137.

Antl. Reichs-Devisenkurse vom 7. 6.

Amerdollar 31 047—31 203, Kopenhagen 14 364—
14 436, Stockholm 21 147—21 253, Norw. 3690,50—3709,50,
London 367,50—368,92, Remsp. 79 301—79 699, Paris
5107—5133, Zürich 14 314—14 386, Prag 2359—2371.

Effektenmarkt frei.

Berlin, 7. Juni. Am heutigen Abendverkehr setzte sich
die Kurssteigerung weiter fort. Die bevorstehenden Trans-

aktionen werden weiter. Deutsche Petroleumindustrie liegen
bis 320 000, Erdöl auf 625 000 und Ru. an 110 000
Prozent. Rhein an 200 000, Zinn auf 68 000 Prozent an.
Von Schiffahrtstaktiken gegen Norddeutscher Lloyd auf 100 000
Baterfabr auf 270 000 R. an. Ferner wurden gegen
Rammesmannsbahn 490 000, Bismarck 85 auf 90 000
Kara 275 000, Rammesmann 200 auf 255 000, Rhein-
140 000, Krügerbahn 80 000, R. G. G. 88 000, Bismarck
93 000, Hanfa Lloyd 19 000. Auch die im freien Verkehr
gehandelten Dea-Aktien waren zu stürmisch geteigerten
Kursen gefragt.

Halle'sche Börse vom 7. Juni.

(Kursnotierungen der Halle'schen Bankfirmen.)
Halle, 7. Juni. (Eig. Drahtber.) Halle, Wälderstraße 120 000,
Riedel-Montan 750 000, Wälder-Weisenfelds 550 000, Zim-
merberg. Bapte 65 000, Affenrücken. Sauer 43 000,
Eilenburger Aktin 80 000, Gieseler, Brünner 43 000,
Halle-Zimmerm., St. 23 400, Halle, Maschinenfabr. 82 000,
Gebr. Jentich 57 000, Wälder-Zunder 200 000, Wälder-
Süde 34 000, Gottfried Winder 39 000, Wälder u. Süder
34 000, Zunderaktin. Halle 80 000, Halle-Berthold Akt. A
110 000, Halle-Berthold Akt. B 110 000.

Neue Vernehmung des Reichsgoldes.

Der Ausweis der Reichsbank vom 31. 5. zeigt eine
Anahme der Reichsgoldbestände um 1070 Milliarden auf
8023 Milliarden. Auch der Erhaltungszustand schwoll
um 464 Milliarden an, der Notenumlauf um 977
Milliarden; der Goldbestand nahm um 75 Millionen ab,
davon um 53 Millionen für Einlösung der belgischen Schatz-
wechsel — ein trübendes Bild ferner!

Bad. Textil- und Zoodfabrik Ludwigsb. in.

In der Generalversammlung wurde über den Umfang
der freiwilligen Restituten der Franzosen ca. 14 000 Zentner
die viele Milliarden an Wert umfasst. Auch der Abtransport
des Erdölfrägers aus Eppan, der den Franzosen die
größten Schwierigkeiten bereitet, bedeutet im Wert ver-
sehbare Milliarden Mark, die von der Regierung zu
erhalten sind.

Harzwerte Meier, Lucas und Brünning, Höchst a. M.

Die G. B. genehmigt die Dividende von 300 Prozent.
Auch hier werden durch die Franzosen ca. 14 000 Zentner
Harzwerte abtransportiert. Der Inlandsbedarf ist durch aus-
wärtige Güter hinreichend gedeckt.

Die Donnersmarktstücke

berteilt 500 Prozent Dividende (— 0,1 Prozent in Gold-
mark). Die Beschäftigung ist gut.

Danf.-Import Akt.-Ges., Halle.

Die erste ordentliche Generalversammlung der Danf-
Import Akt.-Ges., Halle, fand am Sonnabend im Stadt-
bürgerhaus statt. Die Generalversammlung genehmigte ein-
stimmig die Dividende von 55 Prozent, die vom Montag,
den 4. d. M., an zur Auszahlung kommt. Der alte G.
Haltard wurde wiedergewählt und Herr Rentier Paul Mar-
tin, Gröbzig, als viertes Mitglied hinzugeführt. Die vom
Vorstand beantragten Satzungsänderungen wurden einstimmig
beschlossen. Betreffs der Feuerversicherung wurde beschlossen,
die in einer hochwertigen ausländischen Versicherung abzu-
schließen. Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Aktien
in Kürze im hiesigen Freiverkehr eingeführt werden sollen.

Produktmarkt.

Berlin, 7. Juni. Stimmung klar befriedigt. Geschäft
lebhaft bei reichlichem Angebot zu höherem Preise. (Nicht-
amtlich.) Drahtger. Weizenroggen 26 000—28 000, Weizen-
ger. Weizen 23 000—27 000, Weizenbrot. Weizen-
roggen 23 500—25 500, Weizen und geb. Weizenmehl
19 100—2 000, Hafer 29 000—31 000, Weizenmehl. We-
21 000—25 000, gutes Weizen 25 000—26 000, Weizenbrot
49 000, Treber 47 000, Haferflocken 48 000, Haferflocken
45 000, Strohheh 38 000, Raimentierflocken 45 000 für
50 kg einfl. Verpackung. Alles ab 1923. Weizen 107 bis
Haltard wurde wiedergewählt und Herr Rentier Paul Mar-
tin, Gröbzig, als viertes Mitglied hinzugeführt. Die vom
Vorstand beantragten Satzungsänderungen wurden einstimmig
beschlossen. Betreffs der Feuerversicherung wurde beschlossen,
die in einer hochwertigen ausländischen Versicherung abzu-
schließen. Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Aktien
in Kürze im hiesigen Freiverkehr eingeführt werden sollen.

Wesiger Schlachtmarkt vom 7. Juni.

Auftrieb: Rinder 95, Schen 18, Bullen 16, Kalben
11, Kühe 50, Mäher 580, Schafe 131, Schweine 630; zu
unnen 1436. Preise für 50 kg. Weizenmehl (in 1000
Mark): Weizen 1. 81, —, 2. 81, 46—50, 3. 40—46, 4.
32—40; Bullen 1. 81, —, 2. 81, 47—48, 3. 40—46, 4.
32—40; Kalben 1. 30—30, 2. 33—40, 3. 20—33; Mäher
2. 81—49, 3. 40—49, 4. 30—40; Schafe 1. 46—48,
2. 40—49, 3. 32—40; Schweine 1. 64—66, 2. 66—67,
3. 60—64, 4. 54—60, 5. 54—60. Geschäftsgang: Rinder
langsam, Mäher langsam, Schafe langsam, Schweine sehr
langsam, Auftrieb: Rinder 19, Bullen 18, Kalben 11, Bullen
2, Kühe 6, Schweine 89. Ausgeladene Tiere (Ausstellungen,
ware) kosten über höchste Notiz. Die Stallpreise müssen
entsprechend den letzten Marktpreisen für Rinder 20 Pro-
zent für Mäher um Schafe 18 Prozent, und für Schweine 14
Prozent niedriger sein.

Berliner Metallbörse vom 7. 6.

Geshtrotzschmelze 27 042, Raffinadepaper 22 500 —
23 500, Weizen 9300—9500, Weizen 10 600—10 800, Min-
nium 37 400, Bancaum 74—75 000, Nickel 43 000—
44 000, Barrensilber (ca. 900 f.) 1 560 000—1 880 000.

Das neue Gorkoslaufgeld.

Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 19. Juni d. J.
wärtige Güter hinreichend gedeckt.

Neue Preise für künstliche Düngemittel.

Eine Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung
und Landwirtschaft bringt neue Preise für künstliche Düngemittel.
Es betragen mit Wirkung vom 1. Juni 1923 als
in Superphosphat für 1 kg. wasserlösliche Phosphorsäure
in Phosphorsäure 5700 Mark, für 1 kg. wasserlösliche
Phosphorsäure in Ammoniumphosphat 5700 Mark,
für 1 kg. wasserlösliche Phosphorsäure in Ammoniumphosphat
4850 Mark.

Verantwortliche Redaktion: Wolff, Str. 1 und prov. Tell-
D. Regler. — Sport: M. Dopfmeier. — Angelegen-
A. Mann. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und
Verlagsanstalt E. Wals, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Das Meisterwerk des Salvini.

Kriminalroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921
by Carl Dancker, Berlin.
Nachdruck verboten.

[8] Der Schatten! Natürlich der Schatten eines Mannes! Warum nicht? Hatte er ergründet, welche Motive diesem rätselhaften Mann zu der Mordtat benogen, hätte er ausfindig gemacht, wie dieser in den Saalraum und wieder hinausgetrieben, dann war ja der Hergang leicht zu erklären. Salvini hatte mit dem Rentier gesprochen — vorausichtlich sehr laut. Schumann wollte ihn mit Geld erkaufen und öffnete den Geldschrank.

Was dafür war alles, wie es das Gericht annahm — und nun?
Der Unbekannte hatte sich eingeschlichen — vielleicht dem Vater ein Chloroformstück über den Kopf genommen. Was zwischen dem Mörder und seinem Opfer geschehen — wer konnte es wissen. Dann hatte der Mörder zuerst das Opfer besitzeln wollen — daher der Schnitt am Hals, und dann kam ihm ein anderer Gedanke — die Schuld abzuwälzen auf den Mörder — leicht war es, dem Schmachthalschen den Dolch in die Hand zu pressen und seine Fäuste mit Blut zu besprenzen. Leicht, ihm einen Morphiumtrank einzuschütten, damit sein Schlaf sich verlängerte.

Und dann war er eben gegangen, wie er gekommen war.
Aber wie?
Er hatte schon alles versucht. Nach unterirdischen Gängen geforscht — nach verborgenen Treppen — Palais Vermin Geheimnisse — der Kommissar hatte vergebens an die Mauern geklopft, und in den engen Heizrohren der Schornsteine konnte kein Mensch hinuntersteigen.
Das alles hatte er schon in den Monaten der Voruntersuchung nicht einmal, sondern immer wieder geprüft. Und ebenso hatte er das ganze Leben des Rentiers durchwühlt. Wo war der Feind, der ihn mordete? — nur mordete — nicht beraubte!
Wie leicht wäre es dem Mörder gewesen — ein einfacher Griff in den offenen Geldschrank — er hätte ihn verarmt

— ein Raub kam nicht in Frage, und niemand hatte ihm einen Anhalt gegeben für eine Tat der Waise.

Der Morgen kam, und noch immer sah Schläter nachdenkend in seinen Sessel. Etwas abgepaunt und überändrig kam er am nächsten Morgen in sein Büro.

„Wann — Schläter — wie sehen Sie aus?“
Regierungsrat Weßendorf, der Chef der Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums, stand in der Tür.

„Haben sich wohl gefehert den Fall Salvini zu sehr zu Herzen genommen — war doch vorauszusetzen.“

„Das sehen —“
„Auch der beste Feldherr verliert manchmal eine Schlacht, denn ich weiß, daß Sie innerlich an die Unschuld des Mannes glauben.“

„Und das ist doch, das ist ja das Schlimme!“
Schläter, Sie wissen, ich gehe für Sie und Ihren Scharfsinn durch dick und dünn, aber diesmal —“

„Er ist unschuldig.“
Weßendorf lächelte.

„Und da möchten Sie, wie ich Sie kenne, jetzt am liebsten einen unbeschränkten Urlaub nehmen und auf eigene Faust Tag und Nacht arbeiten.“

„Gewiß möchte ich das —“
Weßendorf lächelte und legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Mein lieber Freund —“
Das Verhältnis zwischen dem Regierungsrat und dem erfahrenen Kommissar war in den langen Jahren des Zusammenarbeitens ein überaus herzliches geworden.

„Zum ersten Male verweigere ich Ihnen den Urlaub, Janowich, ich verweigere ihn Ihnen. Sie sehen mir zu abgepaunt und überarbeitet aus, als daß ich Sie beurlauben könnte, Ihnen einen Erholungsurlaub zu geben. Nicht wahr, das ist nun merkwürdig? Aber es ist mein bitterer Ernst. Gehe ich Ihnen Urlaub, dann in dem Fall Schläter, wenn Sie sich für einen Menschen, der es gar nicht verdient, und arbeiten sich tot! Da muß ich schon besser sorgen. Sie übernehmen die Aufklärung der großen Schmuggler- und Schieberaffäre Wolff und Konforten. Da sind die Affen. Sie müssen zunächst einmal nach Norwegen, denn dort ziehen sich die Affen zusammen. Sie können gleich heute abreisen — die Affen legen Sie unterwegs — ich denke, das wird Sie

auf andere Gedanken bringen. Dabei ist es sehr möglich, daß Sie auch nach London hinüber müssen — die Affen der Bande sind sehr verbreitet — und so ein wenig herumgondeln auf der Nordsee ist für einen nervösen Menschen die beste Medizin.“

„Der Regierungsrat —“
„Seine Widerrede — es ist schon alles abgemacht. Der Untersuchungsrichter Vandenberg hat Schlieternmacher hat mit beiden Händen zugreifen — ich habe Ihnen schon alle Fälle besetzt — Sie können mit dem Mittagessen reisen — zudem — wenn wirklich in der Affäre Schumann noch etwas zu machen sein sollte, was ich nicht glaube — einestells, wenn etwa der sogenannte große Unbekannte, der die Tat nach Ihrer Meinung begangen hat, sich in Deutschland aufhält, dann ist es nur gut, ihn in Ruhe und Sorgfalt zu wiegen und glauben zu lassen, daß die Sache erledigt sei — ist er aber außer Landes — vielleicht treffen Sie ihn häufig am Nordkap oder in einem Boyertheater in Whiteape!“

Schläter war auf und ab gegangen.

„Der Regierungsrat, es wäre leicht möglich gewesen, daß ich mich zum ersten Male wegen des verweigerten Urlaubs über Sie bei der höheren Instanz beschwert hätte —“

„Er lächelte aus.“
„Aber Sie haben recht — zudem, ich bin, wie Sie wissen, furchtbar abergläubisch — wer weiß, ob mich der Fall Wolff nicht wirklich auf die rechte Spur bringt. Ich übernehme die Sache und will sogar heute noch abreisen, aber Sie müssen mir gestatten, daß Kommissar Schreiber, der ja wohl in Berlin bleibt, neben seiner amtlichen Tätigkeit auch ein wenig für mich arbeitet und den Fall Salvini hier weiter verfolgt.“

„Natürlich — er steht zu Ihrer Verfügung. Hier also sind die Affen.“

Schläter ging in sein Büro.

„Ich bitte Herrn Kommissar Schreiber.“
Ein übergroßer, breitgesichtiger Mann trat ein, dem man sogleich ansah, daß er aus der uniformierten Polizei hervorgegangen war.

„Nehmen Sie Platz, lieber Kollege.“

(Fortsetzung folgt.)

Bei dem Tode unsers lieben Vaters sind uns soviel Beweise inniger Teilnahme zugegangen, daß wir nur auf diesem Wege Allen von Herzen danken.

Gertrud Bosse verw. Kuhfuß geb. Teichmann,
Charlotte Stoebe geb. Teichmann,
Adolf Bosse,
Franz Stoebe.

Merseburg, den 8. Juni 1923.

Familien-Anzeigen.
Verlobt. Marie Reinhardt mit Max Quarg, Weihenfeld; Katharina Helm mit Gerhard Berno, Weihenfeld; Melanie Kramböhl mit Ernst Pohle, Forst; Margarethe Heine, 22 J., Weihenfeld; Anna Köstel, 71 J., Schandlitz; Albert Schindlitz, 71 J., Zuppis-Grandhölz; Minna Matthes, 49 Jahr, Weihenfeld.

Für die uns erwieinten Aufmerksamkeiten zu unserer goldenen Hochzeit sagen wir allen herzlichsten Dank.

General-Inspektor i. N.
H. Vater und Frau

Preise für markentreies Gebäck!
1 Brötchen 160 Mark
1 Semmel 320 Mark
1 Brot (1900 Gr.) 5500 Mark

Die Preise treten sofort in Kraft!
Bäcker-Zunngung Merseburg.

C. A. KLEMM
Leipzig I Fernspr. 2096 Neumarkt 26

Flügel Flügel
Pianos Musikalien Pianos

Harmoniums Harmoniums
Grammophone Schallplatten

Reparaturen Stimmungen
Künstler-Notenrollen für 60er u. 80er Apparate

Gewandter, unbedingt zuverlässiger
Buchhalter,
an selbständiges Arbeiten gewöhnt,
zum 1. Juli gesucht.

Angebot mit Lebenslauf u. Zeugnis-Abdrück,
unt. Nr. 454/23 an die Geschäftsst. d. Ztg. ev.

Kontor-Lehrling
(auch weibl.) mit guter Schulbildung
für sofort oder später
Schriftl. Ang. unt. 450/23 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Eisen- und Metallformer
werden eingestellt! — Anfragen richten an
Dixi-Werke, Eisenach.

Gottesdienst-Anzeigen.
Sonntag, den 10. Juni 1923 (2. u. Trinit.).
Gesammelt wird eine Kollekte für den Kreuz- u. Lichthaus-Verein.
Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Hithorn
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Buttle
Dom-Frauenhilfe (Seminar)
Mittwoch, den 13. Juni 1923, nachm. 3.30 Uhr.
Jungfrauen-Verein u. Vater-Frauen-Verein (Schnitzarbeiten)
Sonntag, abds. 7.30 Uhr: Versammlung. Christl. Verein junger Männer (Schnitzarbeiten).
Versammlung Sonntags und Dienstags, abds. 8 Uhr.
Landestirchliche Gemeindefürsorge
Versammlung: „Wiedergeb. zur Heimat“.
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelgesprächstunde.
Kollatsbibliothek: Geöffnet Sonntags von 11.30 bis 12.30 mittags.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Angermann
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst. Pastor Niem.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abds. 8 Uhr: Versammlung an der Geisel 5. Bericht über Desden Karl Daxung.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Kirchengottesdienst.
Evang. Mädchenbund St. Marien.
Dienstags, abds. 8 Uhr: Erhebung an der Geisel 5. — Lehrer Wulch
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Versammlung an der Geisel 5. — Pastor Niem.
Altendurg. Vorm. 10 Uhr: Past. Raugentien
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit
Im Anschluss Besuche u. heiliges Abendmahl.
Vorm. 11 Uhr: Kirchengottesdienst.
Montag, abds. 8 Uhr: Konfirmierte Schöne im Pfarrhaus.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Abendgottesdienst.
Evangelische Kirchengemeinde Höfen.
Sonntag, den 10. Juni 1923 (2. u. Trinit.).
Vorm. 10 Uhr: Pastor Jenglich.

Katholische Gemeinde.
Sonntag, den 10. Juni 1923
Früh von 8 Uhr an: Besichtigungszeit; 7 Uhr: Frühmesse; 9.30 Uhr: Heiligstes Hochamt mit Predigt; 12 Uhr: Andacht.
Kannndorf. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Schöbnitz. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Kun-Höfen 8 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Kirche. 10.30 Uhr: Heil. Messe mit Predigt in der Schule.

Gestrickte Damen-Jacken
in Wolle und Kunstseide
Jumper — Blusenschöner
Berchtesgadener — Jackchen
empfehlen zu reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachf.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Metallbetten
Stahlmatr., Kind-erbett. drei- an Private, katal. 59,- frei.
Eisenmöbelfabrik Huhl (T.).
Jagd-Gewehr, Reiter-Koffer eventl. Korb zu kaufen gesucht. Angebote ev. unt. 414/23 an die Geschäftsst. d. Ztg.
Eleganter Frack
mit Hoje, 3 mal ger., für schlanke Figur, 1,85 m gr., zu verkaufen. Anfragen unt. 451/23 an die Geschäftsst. d. Ztg. ev.

Stadttheater Halle
Sonntag, abds. 7 Uhr:
Lohengrin.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
(Strebend-Vorstellung bei ermäßigtem Preisen)
Strawensmädel
(Sampolo).
Sonntag, abds. 7.30 Uhr:
Schwarzwalddmädel.
Montag, abds. 7.30 Uhr:
Von morgens bis mitternachts.

Dittmärer.
Monatsversammlung und Familien-Abend im „Strandbischöffen“, am Montag, den 11. d. Mts. abds. 8 Uhr.
Bollzünftiges Ereignis erwünscht.

Fräulein,
anständig u. wirtschaftl. erg. 28 J., in die Bekanntheit ein. net. Fern. zu machen gredes spät. Heirat. Str. 10. Nr. 10. 155/23 d. C. Sp. d. Bl.

Die sparen Geld!
Fahrpadgummi gratis
Bereitschaft senden.
Emil Veay, Hildesheim.

Schwere und leichte Arbeits-Pferde
suchen zum Verkauf.
Louis Reimann,
Halle a. S.,
Landsbergerstraße 65.

Wienjahn.
Sonntag, den 10. Juni, nachm. 3 Uhr:
Ringreiten!

anschließend im **Garten-Konzert!**
Kaffeehaus
Im Saale **Tänzchen.**

Großer Festball!
Großes Preisgekin!
Es laden ergeben ein
Die Jugend.

Boranzige! Niederwünsch. Boranzige!
Sonntag d. 15. Juli 1923, um nachm. 1 1/2 Uhr, findet unser dies-jähriges
Ringreiten
statt. Anmeldung bis 10. Juli beim Vorstand. Für Stellung list gefordert. Es laden ein
Krieger- und Landwehr-Verein.

Sängerfahrt nach der Ostsee
23. — 30. Juni 1923
Leipzig — Hamburg — Lübeck — Travemünde — Berlin (Hagen) — Swinemünde — Snettin — Badin — Leipzig. Veranstalter vom **Männergesangverein Liederhain.**
Fahrpreis einsch. all. r. Eisenbahn-, Dampferfahrten, Besichtigungen etc. **65 000 Mark.**
Programm u. Anmelde. bei der Hamburg-Amerika-Linie, Leipzig, Augustusplatz 2 u. u. Reiseleiter Herrn. Wolff, Leipzig-R., Crottendorfer Str. 7. Fernsprecher 61 646.

Gute Musik, erstklassige Getränke, vorzügliche Konditorei
im
Kaffeehaus Ortel
Soolbad Dürrenberg.

Stadt-Schützenhaus, Halle am Königplatz.
Vornehmes öffentliches Verkehrslokal
Leistungsbereite Küche
Gute Biere und Weine
Dem Halle besuchenden Publikum bestens empfohlen.
Telefon 6546. **Ernst Hempel.**

Beilage zu Nr. 132 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 8. Juni 1923

Haushaltsplan 1923. — Die neuen Gewerbesteuern.

Inhaltsverzeichnis

- zur Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung am Montag, dem 11. Juni 1923, nachmittags 6 Uhr.
1. Beschlußfassung über die Gewerbesteuer für 1923
 - a) Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung,
 - b) Gemeindefestsetzung über die für 1923 zu erhebenden Hundertsätze,
 - c) Ermäßigung der Hundertsätze für das erste Vierteljahr 1923.
 2. Erlaubnissen zum Reichseinkommensteuerausgleich für den Subjekt.
 3. Wahlen zum Kreis-Sonderauschuß für die Reichseinkommensteuer.
 4. Erhöhung der Beteiligungssumme der Stadt bei der Mitteldeutsche Heimstätte.
 5. Haushaltspläne:
 - a) Baueum, Mittelschule, Volksschulen, Gemeindefeuern und Abgaben, Außerordentliche Rechnung;
 - b) Allgemeine Verwaltung, Vermögens- und Schuldenverwaltung;
 - c) Bauverwaltung, Werkverwaltung;
 - d) Wohlfahrtsamt;
 - e) Grundbesitzverwaltung;
 - f) Feuerweherverwaltung;
 - g) Holzverwaltung;
 - h) Haushaltspläne, die sich selbst tragen.

Der Magistrat schlägt uns folgende Vorlage:

Der Haushaltsplan für das Jahr 1923 wird nach § 66 der Städteordnung gemäß dem vorgelegten Entwurf beschlossen.

Ebenso werden die Sonderhaushaltspläne, soweit sie nicht schon in erster bis dritter Lesung beschlossen sind, in der vorliegenden Form in zweiter und dritter Lesung und daher endgültig beschlossen.

Der danach durch die Erträge des Steuerhaushaltsplanes zu bedeckende Reihbetrag wird festgesetzt auf 474 812 000 Mark.

Die Deckung dieses Reihbetrages soll, soweit nicht die kleineren Steuern Erträge bringen, in folgender Weise erfolgen.

1. Gemäß Mitteilung des Deutschen Städtebundes ist das Anlage des gewerblichen Anteils an der Einkommensteuer einzuführen 170 000 000 Mark.
2. Aus der Gewerbesteuer ist bei einem Satz von 1 Prozent Lohnsteuer auf die gezahlten Gehälter und Löhne und 15 Prozent Ertragssteuer auf die Erträge des Vorjahres und einer Ermäßigung der Lohnsteuer für die ersten 3 Monate des Geschäftsjahres 1923 auf 0,7 Prozent zu rechnen mit einem Aufkommen von 225 000 000 Mark.
3. Bei der Gebäudesteuer soll bei den vorjährigen Zuschlägen verbleiben werden mit 3 Prozent vom gemeinen Wert von unbebauten Grundstücken. Bei unbe-

bauten Grundstücken soll 6 Prozent des gemeinen Wertes erhoben werden, welches der vorjährigen Belastung gleichfalls ungefähr entspricht, da in der Zwischenzeit durch Veranschlagung die unbebauten Grundstücke entsprechend höher mit dem gemeinen Wert eingeschätzt sind.

Diese Sätze würden betragen: Bei den bekannten Grundstücken 32 000 Prozent des staatlichen Zolls und bei den unbebauten Grundstücken 412 000 Prozent des staatlichen Zolls und würden als Ertrag bringen 56 000 000 Mark.

4. Die Gewerbesteuer soll erhoben werden mit 6000 Prozent Zuschlag, wie im Vorjahr, mit einem Ertrag von 2 000 000 Mark, so daß die direkten Gemeindefestsetzungen zusammen betragen: 433 000 000 Mark.

Begründung: Obgleich auch jetzt noch in keiner Weise feststeht, mit welchen Uebererhebungen die Städte aus der Reichseinkommensteuer und aus der Umlaststeuer zu rechnen haben und wie sich das räumlich vom 1. April 1923 ab in Kraft zu gehende neue Gewerbesteuergesetz für die Gemeinden auswirken wird, erscheint es nicht anständig, die Aufstellung des Haushaltsplanes noch weiter hinauszuschieben.

Da es selbstverständlich nicht möglich ist, während des Entstehens der Haushaltspläne die Schwankungen des Geschäftes jeweils zu berücksichtigen, ist für die Aufstellung des Entwurfes überall der Stand vom Ende März 1923 zu Grunde gelegt, so daß z. B. die Ausgabebeträge für Löhne, Gehälter, Steuern usw. schon längt in Wirklichkeit überholt sind. Ein Gegenwärtig für das hierdurch bedingte Umrückgehen und die damit einhergehende Unzulänglichkeit des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes ist damit gegeben, daß auch der Anteil an der Reichseinkommensteuer, an der Umlaststeuer und an der Gewerbesteuer, soweit sie eine Lohnsteuer ist, sich entsprechend erhöhen wird, wie wenigstens geschätzt werden muß.

Der Haushaltsplan unterscheidet sich von dem früheren dadurch, daß von den häußigen Werten lediglich der nach diesen Beschläßen monatlich abzuführende Gehaltsanteil als Einnahme im Haushaltsplan erscheint, während im übrigen Haushaltsplan der jetzt fast ausschließlich verwalteten Werke, soweit der Betrieb in Frage kommt, nicht mehr der Beschlußfassung gemäß Städteordnungen unterliegt. Der wichtigste Teil der Beamten und Angestellten und ihre Besoldung nachweisende Verwaltungshaushaltsplan, der sich jetzt in sehr trügerischer Weise, wie der Entwurf des Haushaltsplanes der Sparfrage. Dadurch ändert sich aber die Einkommenssumme des Haushaltsplanes ganz außerordentlich und wird dementsprechend sehr viel niedriger, was ohne weiteres daraus ersichtlich ist, daß schon im Vorjahr die häußigen Werte an der Einkommenssumme von rund 56 000 000 Mark des vorjährigen Haushaltsplanes mit 3 000 000 Mark beteiligt waren. Im diesjährigen Haushaltsplan stehen also nur die abzuführenden Ueber-

der Haushaltsplan schließt in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 2 861 098 000 Mark.

Dabei muß allerdings erwähnt werden, daß in dieser Summe eine Reihe von Erläuterungen stehen, weil zum Zwecke der Klarheit, Richtigkeit und Uebersichtlichkeit des Haushaltsplanes auf der einen Seite für einzelne Betriebe, z. B. Besoldungen, Vermögens- und Schuldenverwaltung, Sammelhaushaltspläne aufgestellt sind.

Aus den einzelnen Verwaltungen sei folgendes mitgeteilt:

Die Allgemeine Verwaltung erfordert einen Aufschuß von 108 380 000 Mark. Die in dieser Verwaltung zusammengegangenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte betragen rund 226 500 000 Mark, wozu das Reich an Zuschläßen rund 183 000 000 Mark gibt. Hier sowohl, wie auch bei allen übrigen Anlagen ist mit der größten Sparfameit gemeinshaftet und die Besoldungen entsprechend Geleß und Tarif eingeleßt.

Die Vermögens- und Schuldenverwaltung weist einen Betriebsloß für die Sammelklasse von 80 000 000 Mark aus, der bei der Gesamtsumme des Haushaltsplanes nicht gut niedriger eingeleßt werden kann. Außerdem enthält dieser Plan den hier in Ausgabe und in der außerordentlichen Rechnung in Einnahme und Ausgabe einzuweisen Pufferreserven, der bei der Unfähigkeit aller Verhältnisse zur Deckung unvorhergesehener Mehrausgaben bei der außerordentlichen Rechnung auch ja schon im Vorjahre mit 4 290 000 Mark eingeleßt war. Er ist in diesem Jahre auf 300 000 000 bemessen, wovon 50 Millionen Mark der besonderen Bewilligung durch Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung vorbehalten sein sollen. Mit dieser Höhe ist er gegenüber der Abschlußzahl des Gesamthaushaltsplanes mit rund 2 800 000 000 im Verhältnis niedriger, als die rund 4 300 000 000 Mark gegenüber der Hauptsumme des Haushaltsplanes 1922 (ebenfalls ohne Werte) mit rund 33 900 000 Mark und auch nach dem Gutachten der Vereinigung der Magistratsmitglieder der mittleren Städte der Provinz durchaus angemessen.

Das Wohlfahrtsamt erfordert einen Aufschuß von 21 486 600 Mark. Die wesentlichen Ausgaben sind darin, das Armenamt mit einem Aufschuß von rund 20 000 000 Mark in der Hauptfrage bedingt ist durch die Kosten für die Unterbringung von Armen in dem Landesheimstätten. Ein Aufschuß von 27 000 000 Mark erfordert das Arbeitsamt in der Hauptfrage durch die Erwerbslosenfürsorge. Hier sind auch die leistungsberechtigten 10 000 000 Mark für produktive Erwerbslosenfürsorge verdußt. Die Sozialrentnerfürsorge erfordert rund 38 000 000 Mark Aufschuß, während die Rentenrentnerfürsorge mit 19 000 000 Mark auskommt. Die Heime und Forie erfordern selbstverständlich auch erhebliche Aufschüsse.

Die Krankenhäuserverwaltung schließt in Einnahme und Ausgabe mit der gleichen Summe, wie ja jetzt der Gedanke überall Boden gewinnt, daß das Krankenhaus eine häußige Betriebsanstalt ist, die sich selbst erhalten muß, wie andere häußige Betriebe auch, und keine Wohlthätigkeitsanstalt.

Von den Schulverwaltungen tragen sich gemäß den bestehenden Beschläßen die Fortbildungsschulen selbst. Das

Bayern erfordert rund 14 000 000 Mark, die Mittelschulen rund 23 500 000 Mark, die Volkshochschulen rund 76 500 000 Mark Zuschuß, alles nach dem Stande vom März 1923 und nach Wegzug der nach Angabe des Fährtenplanes zu erwartenden und erhofften, aber noch nicht festgelegten staatlichen Zuschüsse. An Beiträgen an die Landesmittelschulaffe waren nach dem damaligen Stande 58 000 000 und für die Volkshochschulen an die Landeshochschulaffe 122 500 000 Mark zu zahlen.

Die Bauverwaltung erfordert einen Zuschuß von rund 86 000 000 Mark. Dabei ist in der Hauptsache die Tiefbauverwaltung beteiligt, welche allein für Innerhaltung der Straßen und Wege rund 31 000 000 und für Straßenreinigung rund 26 000 000 Mark erfordert, wobei die Kläranlage eigentlich noch mit in Ansatz gebracht werden muß, die rund 10 500 000 Mark Zuschuß kostet.

Was die Feuerwehre anlangt, so ist zwar der Standort der Autonomieverträge in unserer Stadt wegen der dadurch erhöhten Feuerlöscherzahl an sich sehr zu begrüßen, auf der anderen Seite ist der Betrieb eines derartigen Anstaltswesens insofern reichlich kostspielig und die Feuerwehroverwaltung erfordert schon nach dem Stande vom März d. J. einen Zuschuß von 2 172 000 Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für Fahrten nach Auswärts und bei Bränden von der Stadt Kosten überhaupt nicht entfallen, da diese Ausgaben von anderer Seite erlattet werden.

Die Volkshochverwaltung umfaßt in diesem Jahre zum 1. Mai die Baupflege mit, welche früher im Bauhaushaltsplan verlagert. Der Gesamtausfuß beträgt rund 22 000 000 Mark, wovon rund 6 000 000 Mark auf die Baupflege entfallen. Die Ausgaben sind in der Hauptsache Gehälter.

Von den Ertragsverwaltungen ist, abgesehen von dem Steuerhaushaltsplan, der schon oben erläutert ist, nur noch der Hausplan der Grundbesitzverwaltung zu erörtern. An Wachsgebühren sind eingeleitet aus dem Jahr wähen, der einen Ueberfluß von rund 29 000 000 Mark wieder 40 000 000 Mark und aus sonstigen Wachsen und Wiesen 4 700 000 Mark.

Die Verkehrsverwaltung erscheint nur mit Gewinnanteilen von den Bruttoerträgen, und zwar das Gaswerk mit 150 000 000 M., Wasserwerk mit 15 000 000 M., Elektrizitätswerk mit 117 500 000 M.

In der außerordentlichen Rechnung, die ja bekanntlich in der Hauptsache nur Berechnungstellen enthält, konnte das Ergebnis des Jahres 1921 noch nicht eingeleitet werden, da der Abschluß noch nicht endgültig vorliegt. Dies hat in der Hauptsache seinen Grund darin, daß wir jetzt immer noch nicht und voraussichtlich auf Monate hinaus noch nicht haben erfahren können, wie übrigens alle anderen Beteiligten auch nicht, auf welche einzelnen Jahre der Staat die Ueberweisungen aus der Einkommensteuer berechnen haben will. Jedenfalls kann schon jetzt mitgeteilt werden, daß das Rechnungsjahr 1921 mit einem allerdings recht bescheidenen Ueberfluß abschließt, der bei den Zahlen des sechsten Haushaltsplanes ohne jede Bedeutung ist. Sobald der endgültige Abschluß vorliegt, wird eine Vorlage über die Verwendung des Ueberflusses gemacht werden. Zu Einnahme und Ausgabe ist weiter nur der oben erwähnte Ueberfluß von 300 000 000 Mark eingeleitet und die Wohnungsbauausgabe, welche in voller Höhe zur Deckung der mit Rücksicht auf ihren Ertrag in Anspruch genommenen Kreditmittel zu verwenden ist.

Damit wäre ein kurzer Ueberblick über die Gestaltung des diesjährigen Haushaltsplanes gegeben, wobei immer nicht vergeßen werden darf, daß er aufgebaut ist auf dem Stande von Ende März 1923, und daß eine Gewähr dafür, daß sich die Verhältnisse so abwickeln werden, wie sie veranschlagt sind, natürlich nicht übernommen werden kann.

Politische Rundschau

Reichsjahresminister Dr. Heinze zur politischen Lage.

Hamburg, 5. Juni. Bei Gelegenheit eines parlamentarischen Besuchs der Reichsjahresminister Dr. Heinze das Wort, um u. a. folgendes auszusprechen: Zur innerpolitischen Lage äußerte der Minister: Die Deutschnationale Volkspartei ist die einzige Partei, die außer der Deutschen Volkspartei die treibende Kraft der Politik und der politischen Wandlungen erkannt hat. Die Deutschnationalen haben in durchaus loyaler Weise das Kabinett Cuno gestützt. Die Sozialdemokratie kann sich immer noch schwer zu einer rücksichtslosen Zusammenarbeit mit dem Bürgerium entschließen. Der internationale Zug benimmt einen politischen und staatsbringenden Eingriff in unsere Politik. Die Personalpolitik der Sozialdemokratie schadet unserem Staate außerordentlich. Man kann den deutschen Staat nicht wie eine Gewerkschaft regieren. Das Gelingen zum Schutze der Republik ist nicht geeignet, die deutsche Einigkeit zu fördern.

Enthaltungen des Abgeordneten Otto Bauer.

Wien, 6. Juni. Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Bauer teilte in der heutigen Sitzung des Nationalrats mit, daß der Abgeordnete Czernin im Oktober 1919 zweimal von dem damaligen tschechischen Gesandten Tuzek die Entsendung von Entenetruppen nach Wien verlangt und dieses Verlangen vor der Wiener Generalkonferenz wiederholt.

Turnen, Spiel und Sport.

Ballspielverein Germania. — 10 jähr. Stiftungsfest.

Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens veranstaltete der B. V. Germania am kommenden Sonntag, dem 10. Juni auf dem Kasernenhof Wetts- und Diplompiele. Sehr gute Liga-Klasse aus Thüringen, M. T. S. Erfurt, ist für die erste Mannschaft verpflichtet; die zweite spielt gegen die Ligafreunde desselben Vereins, die 3. gegen Jahrbund III. Wolpa. Junioren gegen 98 Halle Jun. und die Knaben gegen 98 Halle 1. Knaben. Ein reichhaltiges und sichtlich mit vielen Unkosten aufgeschlossenes Fußballprogramm. Möge der Wettergott sein bestes Gesicht aufzeigen und die Sportgemeinde durch zahlreichen Besuch den erfrigen Verein unterstützen.

Sportverein 99 — Sportfreunde Halle (Viz.).

Nachdem am vergangenen Mittwoch der Sportverein 99 Halle den Reigen der bestehenden Liga-Vereine aus dem Saalekreis beim Sportverein 99 eröffnet hat, folgen am Sonntag die Hallischen Sportfreunde mit ihrer Mannmannschaft. Wieder also ein alter Feind des Fußballports

im Saalekreis, der sich unserem Gaumeister gegenüberstellt. Die Sportfreunde stellen eine ausgeglichene, vor allem sehr schnelle Elf, deren letzte Resultate den Aufschwung erkennen lassen. Manches bekannter Namen taucht in den Reihen der Hallenser auf, erinnert sei nur an den langjährigen Torwart der Hallischen Stadtmannschaft Gier, den vorzüglichen Verteidiger Böhm, Mittelflächer Winter und Sturmstürmer Döhl. Ein besonderes Interesse gewinnt das Spiel noch dadurch, daß Sportfreunde am 2. Spingstfeiertag auch Eintracht Hannover als Gegner hatte, die bekanntlich tags zuvor Gast des hiesigen Sportvereins 99 waren. 99 verlor 3:2, Sportfreunde Halle 2:1. Wer ist nun von beiden der Stärkere? Diese Frage wird das Sonntagsspiel beantworten. Wir kommen darauf noch zurück.

Wochenballspiel. Die zweite Mannschaft des Sportv. 99 Merseburg spielte gestern Abend in Halle gegen Favorit (Vigarel) 2:2, (2:0 für 99) Sportv. 99 führte nach eifrigem Spiel bis kurz vor Schluß mit 2:0. Zeitweise drückte Favorit sehr bedenklich. Der 99er Torwart jeden Erfolg zum Sieg. Das Spiel selbst war äußerst fair und befreite allgemein.

Das Endspiel um die DFB-Meisterschaft. findet am kommenden Sonntag (10. Juni) nun doch in Berlin (Stadion) statt. Das Treffen wurde, nachdem der Hamburger Sportverein keine Genehmigung gegeben hatte, von Leipzig wieder verlegt, weil Leipzig noch immer 10 Prozent „Kulturarbeitsteuern“ auf die sportlichen Veranstaltungen legt, während Berlin (wie die meisten deutschen Städte) in richtiger Erkenntnis des Wertes der Weibebildungen den Sport freier läßt. Union-Oberhönheimbeide, von Berliner Meister und Sieger der Endk. Fußballspiel also auf heimlichem Boden, vor heimlichem Publikum, ohne gerech zu sein — alles Momente, die den Sieg des Hamburger Sportvereins als nicht ohne weiteres feststehend erscheinen lassen.

Handball.

Gestern Abend fand auf dem Kasernenhof ein Wiederholungsspiel zwischen dem Allgem. Turnverein und der Sportabteilung der Schupo Hand. Beim Stande von 3:1 für Schupo trennte der Schiedsrichter beide aufsehernd kämpfenden Mannschaften: Halbzeit 2:1 für Schupo.

Die deutschen Mannfahrer für Götterberg.

Die Hamburger Ausschreibungskämpfe des Deutschen Kanu-Verbandes haben bei harter Beteiligung als Sieger ergeben über 1500 Meter Hoffmann (Halle 29) in 8:57,8 vor Parabitz (Wasserport Forst) und Turich (Halle-Böllberg). In der langen Strecke, etwa 10 Kilometer, siegte Bobbig (Kammlab Regie Leipzig) in 50:37,4, der im Endlauf der 1500 Meter Wasser übernommen hatte und dadurch ausgeschieden war, nachdem er im Verlauf die meiste beste Zeit (8:34,6) gefahren war. Zweiter wurde Weingärtner (Halle-Böllberg) in 52:34,8, Dritter Zetler (Sanftat Hamburg).

Als Vertreter des Deutschen Kanu-Verbandes für Götterberg wurden demgemäß bestimmt: Alfred Bobbig (K. C. Regie Leipzig), Waldemar Hoffmann (Hallefischer K. C. von 1920), C. Parabitz (Wasserport Forst) und R. Weingärtner (Hallefischer K. V. Böllberg).